



Sachbericht zum Verwendungsnachweis

Vorhabenbezeichnung:

**Verbundvorhaben: Lokaler Umgang mit prekären Migrant*innen:
Rahmen, Strategien und innovative Praxis, Teilvorhaben: Frankfurt**

Laufzeit und Berichtszeitraum:

01.05.2021 - 31.12.2022

Verantwortlich für die Projektdurchführung in Deutschland:

Prof. Dr. habil. Ilker Ataç (Hochschule Fulda)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin:

Dr. Maren Kirchhoff (Hochschule Fulda)

Teil des Verbundprojekts:

Dr. Sarah Spencer (University of Oxford)

Professor Dr. Simon Güntner (Technische Universität Wien)

Fördernummer:

01UV2102

Das diesem Bericht zugrunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01UV2102 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

I Kurzbericht

Ursprüngliche Aufgabenstellung und Stand der Wissenschaft

Ziel des Forschungsprojekts „Local Responses to Precarious Migrants. Frames, Strategies and Evolving Practices“ (LoReMi) war es zu untersuchen, welche Ansätze die lokalen Behörden für Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus entwickeln, wie sie diese rechtfertigen und mit welchen konkreten Maßnahmen sie diese umsetzen. Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus – darunter fassen wir Drittstaatsangehörige ohne regulären Aufenthaltsstatus (undokumentierte Migrant*innen, Visa Overstayer und abgelehnte Asylbewerber*innen) ebenso wie EU-Bürger*innen, die keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben und ihr Recht auf Freizügigkeit zu verlieren drohen, wenn sie Sozialleistungen beantragen. Sie sind vom Zugang grundlegender Leistungen wie Gesundheitsversorgung oder der Unterbringung in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe weitgehend ausgeschlossen. Um solche formellen und informellen Hindernisse für die Inklusion zu beseitigen, haben mehrere Städte in Europa Politiken entwickelt (Spencer 2018¹). Wie verschiedene Migrationsforscher*innen festgestellt haben (z. B. Caponio und Jones-Correa 2018; Spencer 2018; Campomori und Ambrosini 2020; de Graauw 2020), werden diese Reaktionen häufig durch Vereinbarungen im politischen Mehrebenensystem beeinflusst. Die Zusammenarbeit auf lokaler Ebene war bisher in der Forschung weniger präsent. Diese Leerstelle zu füllen, war eines der Anliegen des abgeschlossenen Forschungsprojekts.

In enger Kooperation mit den Stadtverwaltungen von Cardiff (Wales/UK), Frankfurt am Main (Deutschland), und Wien (Österreich) wurde in den drei Städten eigenständige empirische Forschung durchgeführt. Hierfür sollten Formen der Kooperation und Verantwortungsteilung zwischen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Stakeholdern zur Inklusion unabhängig von einem Aufenthaltsstatus untersucht werden. Schließlich war im Sinne der Programmlinie Urban Europe, die sich als „Knowledge Hub for Urban Transition“ versteht, auch Ziel, gemeinsam mit Stakeholdern soziale Innovationen in diesem Handlungsfeld anzustoßen. Hierfür setzte das Projekt zentral auf Wissensaustausch zur Inklusion von prekären Migrant*innen in kommunalen Dienstleistungen.

Ablauf des Vorhabens

Das Projekt startete im Mai 2021. Die ursprüngliche Projektlaufzeit betrug 18 Monate. Das Projekt wurde kostenneutral um zwei Monate bis Ende Dezember 2022 verlängert. Zu Beginn des Projekts wurde vom internationalen Forschungsteam ein Konzeptpapier erstellt (Arbeitspaket (AP) 2), in dem der Stand der Forschung zusammengefasst sowie bestehende Wissenslücken und Forschungsfragen skizziert wurden. Im Anschluss hieran erfolgten die Vorbereitung und Durchführung der Fallstudien (AP 3,4,5). Die vorläufigen Ergebnisse dieser Fallstudien zu Cardiff, Frankfurt und Wien wurde im Rahmen Runder Tische mit den jeweiligen beteiligten Stakeholdern besprochen und schließlich im Juni 2022 in drei Treffen zum Wissenstransfer in Cardiff, Frankfurt und Wien mit weiteren Interessierten diskutiert (AP 6). Auf dieser Grundlage wurde im Juli und August 2022 der vergleichende Bericht verfasst (AP 7). Die Ergebnisse der vergleichenden Forschung wurden im Rahmen einer internationalen Abschlusskonferenz Anfang September 2022

¹ Alle Literaturangaben finden sich in Teil II des Sachberichts.

mit rund 40 europäischen Wissenschaftler*innen, Lokalpolitiker*innen, Mitarbeiter*innen aus Verwaltungen und NGO-Mitarbeiter*innen sowie einem Mitglied der Europäischen Kommission in Frankfurt am Main diskutiert (AP 6). Schließlich wurde auf Grundlage der Stadtberichte, des vergleichenden Berichts sowie der verschiedenen Diskussionen zehn Handlungsempfehlungen formuliert, die sich insbesondere an kommunale Entscheidungsträger*innen richten (AP 7).

Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen

Die Durchführung des Projekts erfolgte auf Stadtebene in enger Kooperation mit dem Gesundheitsamt Frankfurt am Main. Darüber hinaus wurde kontinuierlich mit den Kolleg*innen der beiden Partnerinstitute, dem Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS) der University of Oxford sowie dem Forschungsbereich Soziologie der TU Wien, zusammen gearbeitet. Der wissenschaftliche Austausch erfolgte in regelmäßigen Teamsitzungen, die über die gesamte Projektlaufzeit alle zwei bis drei Wochen stattfanden.

Wesentliche Ergebnisse

Ein wesentlicher Befund der Analyse der städtischen Strategien in Cardiff, Frankfurt am Main und Wien ist, dass es trotz inklusionsorientierter Leitbilder in keiner der Städte ein explizites Programm oder politisches Bekenntnis zur Unterstützung von Migrant*innen mit prekärem Status gibt. Insgesamt zeigte sich in allen drei Städten, dass weniger ein einheitlicher stringenter inklusiver Ansatz existiert, als vielmehr eine Mischung aus inklusiven und exklusiven Praktiken gegenüber Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Diese sind eng mit spezifischen Feldlogiken verbunden. So sind etwa der Bereich Gesundheit, Gewaltschutz und Bildung durch wesentlich inklusivere Diskurse geprägt und das Recht auf Gesundheit und Bildung ist weithin anerkannt. Im Gegensatz hierzu zeichnet sich insbesondere der Unterbringungsbereich durch restriktive Praxen aus. Die gesellschaftlichen Diskurse um Armutsmigration und illegale Migration führt zu tendenziell restriktiven Antworten, da Teile der Stadtverwaltung Anreize durch eine extensive Auslegung bestehender Ansprüche und rechtlicher Regelungen minimieren wollen. Zugleich wurde in der Forschung jedoch auch deutlich, dass unabhängig von gesellschaftlichen Diskursen lokale Antworten inklusiver oder exklusiver gestaltet sein können. So existiert in Frankfurt beispielsweise ein inklusiverer Zugang zu Gesundheitsversorgung als in Wien, während dort Unterbringungspolitiken wesentlich inklusiver gestaltet sind als in Frankfurt. Eine Erklärung dieser Unterschiede liegt in der zentralen Rolle von NGOs und engagierten Einzelpersonen bestimmte Projekte anzustoßen sowie in generellen Unterschieden in einzelnen Politikbereichen.

Neben expliziten Ausschlüssen konnten wir auch eine Reihe informeller Barrieren im Zugang zu sozialen Dienstleistungen identifizieren. Diese führen selbst im Fall formell inklusiver (lokaler) Maßnahmen und Regelungen dazu, dass bestehende Ansprüche nicht oder nur zögerlich wahrgenommen werden. Eine wesentliche Barriere liegt in der Angst vor Aufdeckung und einer damit verbundenen Abschiebung bzw. dem Verlust der Freizügigkeit. Insbesondere die in Deutschland geltende Übermittlungspflicht (§87 AufenthG) trägt etwa dazu bei, dass das Recht auf Gesundheit für prekäre Migrant*innen stark eingeschränkt ist. Der direkte Vergleich zu Bildung zeigt, dass sich mit der Abschaffung der Übermittlungspflicht für Schulen die Zugangsmöglichkeiten zu Bildung verbessert haben.



Sachbericht zum Verwendungsnachweis

Vorhabenbezeichnung:

**Verbundvorhaben: Lokaler Umgang mit prekären Migrant*innen:
Rahmen, Strategien und innovative Praxis, Teilvorhaben: Frankfurt**

Laufzeit und Berichtszeitraum:

01.05.2021 - 31.12.2022

Verantwortlich für die Projektdurchführung in Deutschland:

Prof. Dr. habil. Ilker Ataç (Hochschule Fulda)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin:

Dr. Maren Kirchhoff (Hochschule Fulda)

Teil des Verbundprojekts:

Dr. Sarah Spencer (University of Oxford)

Professor Dr. Simon Güntner (Technische Universität Wien)

Fördernummer:

01UV2102

Das diesem Bericht zugrunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01UV2102 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

II Eingehende Darstellung

Durchgeführte Arbeiten

Im ersten Quartal der Projektlaufzeit (Anfang Mai bis Ende Juli 2021) wurde vom internationalen Forschungsteam bestehend aus je zwei Forscher*innen des Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS) der Universität Oxford, der TU Wien und der Hochschule Fulda ein Konzeptpapier erstellt. Hierin wurden der Stand der Forschung (akademische Literatur und Praxisberichte) zu kommunalen Strategien und Praktiken zur Unterstützung und Inklusion von Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus zusammengefasst sowie bestehende Wissenslücken und Forschungsfragen skizziert. (Arbeitspaket (AP) 2). Das Papier wurde 2022 als COMPAS Working Paper veröffentlicht. Im Anschluss an die konzeptionelle Vorarbeit erfolgten die Vorbereitung und Durchführung der Fallstudien (AP 3,4,5). Den Einstieg in die Forschung bildete jeweils eine Hintergrundrecherche zu den nationalen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, zum Aufgabenbereich, zur Struktur und zum Ansatz der jeweiligen Stadt in Bezug auf Einwohner*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus. In einem nächsten Schritt wurde für die vom Team der Hochschule Fulda durchgeführte Teilstudie in Kooperation mit dem Frankfurter Gesundheitsamt ein erster Runder Tisch (im Antrag: Stakeholder Treffen) einberufen, an dem neben den Einladenden ca. 20 Personen aus der Frankfurter Stadtverwaltung und verschiedenen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen teilnahmen. Das Treffen fand am 26. August 2021 im Auditorium des Gesundheitsamts statt. Es diente der ersten Sondierung des Feldes (die Diskussion in drei Kleinarbeitsgruppen wurden aufgezeichnet und ausgewertet) sowie der Identifikation von Interviewpartner*innen. Auf dieser Grundlage wurden zwischen Oktober 2021 und März 2022 insgesamt 28 Interviews mit Mitarbeiter*innen verschiedener Ämter der Frankfurter Stadtverwaltung und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und NGOs sowie mit Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus geführt.

Die Interviews wurden transkribiert, mittels MAXQDA codiert und ausgewertet. Die Datenauswertung erfolgte durch die für die jeweilige Fallstudie verantwortlichen Wissenschaftler*innen. Zuvor wurden relevante Themenfelder von allen drei Teams gemeinsam identifiziert, um die Vergleichbarkeit der drei Städte zu gewährleisten. Jedes Team analysierte die Interviews aus der jeweiligen Stadt anhand der vereinbarten Codes, um die für die einzelnen Themen relevanten Abschnitte und Aussagen zu identifizieren und für die spätere vergleichende Analyse abrufbar zu machen. Zugleich war es uns ein Anliegen, in der Auswertung einerseits die unterschiedlichen Kontexte der drei Städte zu berücksichtigen und andererseits Raum für Erkenntnisse und Perspektiven zuzulassen, die nicht im Vorfeld antizipiert wurden. Zu diesem Zweck hatten die Städteteams die Möglichkeit, induktiv zu codieren. Um die thematische Konsistenz zwischen den Standorten zu gewährleisten, wurden die Ergebnisse gemeinsam diskutiert und analysiert, was einen Überblick über die Ergebnisse der einzelnen Teams und den Bezug zu den Forschungsfragen ermöglichte. Die hybride Methode der Verknüpfung von induktivem und deduktivem Codieren erlaubte es uns, uns auf die festgelegten

Fragestellungen zu konzentrieren und gleichzeitig den einzigartigen Kontext und die besonderen Herausforderungen an den einzelnen Standorten zu verstehen.

Die vorläufigen Ergebnisse der Frankfurter Fallstudie wurden im Rahmen eines zweiten Runden Tisches am 30. März 2022 mit den beteiligten Stakeholdern diskutiert. Auf dieser Grundlage korrigierten und gefestigten Forschungsergebnisse wurde der Städtebericht zu Antworten auf Migrant*innen mit prekärem Status in Frankfurt am Main verfasst. Diese Erkenntnisse wurden schließlich am 22. Juni 2022 in einem Treffen zum Wissenstransfer mit weiteren Interessierten diskutiert. Dafür wurden zum Frankfurter Wissenstransfer weitere Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz eingeladen, um die Ergebnisse zu kommentieren. Zuvor hat das Team der Hochschule Fulda an den beiden Wissenstransfer Treffen in Wien (13. Juni 2022) sowie in Cardiff (20. Juni 2022) teilgenommen und dort ebenfalls die Ergebnisse der Frankfurter Fallstudie präsentiert (AP 6).

Auf Grundlage der drei Städteberichte wurde im Juli und August 2022 der vergleichende Bericht verfasst (AP 7). Die Ergebnisse der vergleichenden Forschung wurden im Rahmen einer internationalen Abschlusskonferenz Anfang September 2022 mit rund 40 europäischen Wissenschaftler*innen, Lokalpolitiker*innen, Mitarbeiter*innen aus Verwaltungen und NGO-Mitarbeiter*innen sowie einem Mitglied der Europäischen Kommission in Frankfurt am Main diskutiert (AP 6). Im Anschluss hieran erfolgte eine Überarbeitung des vergleichenden Berichts. Schließlich wurden im September und Oktober auf Grundlage der Stadtberichte, des vergleichenden Berichts sowie der verschiedenen Diskussionen zehn Handlungsempfehlungen formuliert, die sich insbesondere an kommunale Entscheidungsträger*innen richten (AP 7).

Im Rahmen der kostenneutralen Verlängerung des LoReMi-Projekts lag der Schwerpunkt der Arbeit im November und Dezember 2022 der finalen Fertigstellung verschiedener Publikationen sowie der Arbeit an weiteren geplanten Publikationen, darunter einem vom Team der Hochschule Fulda und der TU Wien herausgegebenen Sammelband.

Ergebnisse

Im Rahmen des Forschungsprojekts haben wir Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus als Personen definiert, die keinen regulären Rechtsstatus haben oder vom Verlust eines solchen bedroht sind, und daher von grundlegenden sozialen Rechten und vom Zugang zu sozialen Dienstleistungen ausgeschlossen sind bzw. Gefahr laufen, diesen Zugang und diese Rechte zu verlieren. Dadurch berücksichtigen wir in unserer Studie eine Vielzahl von unterschiedlichen Ausprägungen migrantischer Prekarität.

Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus – darunter fassen wir Drittstaatsangehörige ohne regulären Aufenthaltsstatus (undokumentierte Migrant*innen, Visa Overstayer), die in der Literatur als „irreguläre Migrant*innen“ bezeichnet werden. Darüber hinaus umfasst der Begriff auch Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat als dem, in dem sie leben, einen regulären Aufenthaltsstatus besitzen und daher keine oder nur eingeschränkte und konditionale Ansprüche auf Sozialleistungen haben. Schließlich hat eine weitere Gruppe von Personen mit prekärem Status in Europa in den letzten zwei Jahrzehnten an Bedeutung

gewonnen: EU-Bürger*innen ohne sozialrechtliche Ansprüche, die in einem EU-Land, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen leben. Obgleich EU-Bürger*innen innerhalb der EU-Freizügigkeit genießen, dürfen sie sich nur dann länger als drei Monate in einem anderen EU-Land aufhalten, wenn sie ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit nachweisen können. Sie haben in den ersten fünf Jahren des Aufenthalts nur unter bestimmten Bedingungen Anspruch auf Sozialleistungen - sind vom Zugang grundlegender Leistungen wie Gesundheitsversorgung oder der Unterbringung in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe de jure oder de facto weitgehend ausgeschlossen.

Insgesamt wirkt sich der prekäre Aufenthaltsstatus also direkt oder indirekt auf den Zugang zu Sozialleistungen und damit auf die Lebenssituation der Betroffenen aus. Ziel des Forschungsprojekts „Local Responses to Precarious Migrants. Frames, Strategies and Evolving Practices“ (kurz: LoReMi) war es zu untersuchen, welche Ansätze die lokalen Behörden für diese Gruppe entwickeln und mit welchen konkreten Maßnahmen sie diese umsetzen. Anhand der Politikfelder Gesundheit, Bildung und Wohnen wurden Strategien und Maßnahmen in drei Städten analysiert. Dabei wurde ein besonderer Fokus auf die Zusammenarbeit von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gelegt. Darüber hinaus wurden die rechtlichen, politischen und praktischen Herausforderungen beleuchtet, die bei der Versorgung dieses Teils der lokalen Bevölkerung bestehen.

Ergebnisse der Frankfurter Teilstudie

In der vom BMBF geförderten Teilstudie zur Situation in Frankfurt am Main, die durch Prof. Dr. habil. Ilker Ataç und Dr. Maren Kirchhoff von der Hochschule Fulda durchgeführt wurde, zeigte sich ein gemischtes Bild in Bezug auf Ansätze, um Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus den Zugang zu grundlegenden sozialen Leistungen zu ermöglichen.

Die bisher deutlichsten Ansätze einer inklusiven städtischen Antwort in Frankfurt am Main bestehen im Bereich Gesundheitsversorgung. Die seit 2001 angebotene Humanitäre Sprechstunde bildet eine wichtige Praxis, durch die das Gesundheitsamt selbst den Zugang zur medizinischen Grundversorgung ermöglicht. Unterstützt durch Jugend- und Sozialamt u.a. entwickelt das Gesundheitsamt auf Grundlage übergeordneter Rechtsgrundlagen Spielräume für inklusive Praktiken und sieht die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung dabei als Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Dabei nutzt die Stadt Frankfurt am Main ihre Befugnisse im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Das Gesundheitsamt bezieht sich mit seinem Angebot der Humanitären Sprechstunde auf das Hessische Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst, welches den Schutz besonders gefährdeter Gruppen vorsieht. Es ist eine der wenigen kommunalen Behörden in Hessen, die dieses Gesetz umfassend inklusiv auslegt. Zentral hierfür sind die aktive Einforderung dieser Inklusion durch nicht-staatliche Akteur*innen wie Maisha – Verein afrikanischer Frauen in Deutschland sowie das besondere Engagement der Mitarbeiter*innen des Gesundheitsamts. Auch die bisher noch in der Aufbauphase befindliche Clearingstelle bildet einen Baustein, um für Personen mit prekärem Aufenthaltsstatus einen Zugang zur medizinischen Regelversorgung zu schaffen. Das städtische Angebot einer medizinischen Basisversorgung in Frankfurt am Main gilt international als ein Best-Practice-Modell.

Die Unterstützungsinfrastruktur basiert jedoch nicht nur auf kommunalen Angeboten. Für die gesundheitliche Versorgung nicht krankenversicherter Personen ungeachtet des Aufenthaltsstatus und sozialrechtlicher Ansprüche sind weitere Angebote nicht-staatlicher

Akteur*innen zentral: Zu nennen sind die Elisabeth-Straßenambulanz, die Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung und die StuPoli sowie die langjährig aufgebauten und gepflegten informellen Netzwerke mit Fachärzt*innen und Krankenhäusern. Diese Angebote beruhen zu einem großen Teil auf dem besonderen Engagement ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter*innen und werden von der Stadt nur anteilig finanziert. Die gut funktionierende Arbeitsteilung und eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsamt und den genannten zivilgesellschaftlichen Organisationen stärkt die Kapazität der Stadtverwaltung, das Ziel eines umfassenden Zugangs zur Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung zu erreichen.

Die Antworten im Bereich Bildung beinhalten inklusive sowie einige exklusive Elemente, weshalb sie zusammenfassend als durchwachsen zu charakterisieren sind. Die Stadt Frankfurt bekennt sich seit 2010 explizit dazu, allen Kindern unabhängig vom Aufenthaltsstatus den Zugang zum Regelschulunterricht zu ermöglichen. Positiv hat sich diesbezüglich die Abschaffung der Übermittlungspflicht für Bildungseinrichtungen 2009 bzw. 2011 ausgewirkt. Der Wegfall der Kita-Gebühren stellt eine weiter bedeutende inklusive Maßnahme dar. Allerdings reicht diese Maßnahme allein nicht aus, um den Zugang zur Kindergartenbetreuung für Kinder von Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus zu gewährleisten. Weitere wesentliche Hürden ergeben sich durch fehlende Plätze insgesamt sowie weitere zu zahlende Entgelte. In Bezug auf Weiterbildung fehlt es weitgehend an inklusiven Maßnahmen, die notwendig wären, damit Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus die bestehenden hohen Zugangsbarrieren überwinden können.

Im Bereich Gewaltschutz verfolgt die Stadt Frankfurt am Main seit spätestens 2020 ebenfalls einen zunehmend inklusiven Ansatz im Sinne der Istanbul-Konvention. Die Schaffung von 37 von der Stadt pauschal-finanzierten Frauenhausplätzen, die derzeit noch mit etwas Verzögerung anläuft, kann helfen, Migrantinnen* mit prekärem Aufenthaltsstatus einen effektiveren Zugang zu Gewaltschutz zu ermöglichen. Auch die im Etatantrag vom Februar 2020 erwähnte angedachte Umstellung auf eine vollständige Pauschalfinanzierung ist eine sinnvolle Verbesserungsmaßnahme, die zu einem inklusiven Ansatz beitragen kann.

Deutlich exklusivere Antworten zeigen sich in Bezug auf die Unterbringung von wohnungslosen Personen. Die Stadt finanziert nur kurzfristige Notunterbringung für Personen ohne Ansprüche nach dem Sozialgesetzbuch. Mittel- und längerfristig verfügbare Unterbringungsmöglichkeiten bleiben den meisten Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus daher verwehrt. Eine inklusive Praxis mit Bezug auf das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, nach der Kommunen als unterste Sicherheitsbehörden verpflichtet sind, akute Gefahrenlagen wie Obdachlosigkeit abzuwenden und hierfür unfreiwillig wohnungslosen Personen eine Unterkunft zur Verfügung stellen sollen, wird nicht allgemein umgesetzt, sondern nur in Form einer humanitär begründeten Ausnahmeregelung in Einzelfällen. In Reaktion auf die Corona-Pandemie wurden zumindest zeitweise inklusivere Maßnahmen umgesetzt, die jedoch teilweise bereits wieder zurückgenommen wurden.

Insgesamt zeigte die Untersuchung, dass der Beitrag zivilgesellschaftlicher Organisationen und Ehrenamtlicher sowie privater Unterstützer*innen aus dem persönlichen Umfeld bei der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen, mit denen Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus in Frankfurt am Main in den verschiedenen Bereichen konfrontiert sind, von entscheidender Bedeutung ist. Hinzu kommt das besondere Engagement zahlreicher hauptamtlich tätiger Personen, die sich über ihre formelle Anstellung hinaus für Menschen in

prekären Lebenslagen einsetzen. Die Einrichtungen erhalten für ihre Angebote teilweise finanzielle Förderung durch die Stadt Frankfurt am Main und/oder von anderer staatlicher Ebene (Europa, Bund, Land). Teilweise sind sie durch Eigenmittel der Trägerorganisationen und private Spenden finanziert. Häufig finden sich Mischformen in der Finanzierung. Die Stadt unterstützt verschiedene Einrichtungen, die eine Sozial(rechts)beratung für Migrant:innen anbieten. Zudem fördert das Frauenreferat Beratungsangebote für Frauen mit Gewalterfahrung, die unabhängig vom Aufenthaltsstatus offenstehen.

Trotz des inklusiven Selbstverständnisses der Stadt besteht kein umfassend inklusiver Ansatz in Bezug auf Personen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Insgesamt lassen sich in Frankfurt am Main sowohl inklusive als auch exklusive Antworten identifizieren, die die aufenthalts- und sozialrechtliche Prekarität der Betroffenen und die damit verbundenen prekären Lebenslagen teils abmildern, teils mitproduzieren. Die Einschränkungen ergeben sich einerseits aus expliziten Ausschlüssen von regulären sozialen Leistungen. Andererseits erschweren implizite Barrieren den Zugang selbst zu solchen Leistungen, auf die die Betroffenen Anspruch hätten. Allen voran ist hier die Angst vor Aufdeckung der aufenthaltsrechtlichen Prekarität zu nennen. Die Betroffenen befürchten, dass die Inanspruchnahme bestimmter Leistungen zu Abschiebung oder dem Verlust der Freizügigkeit führt. Dies sind nur einige der Probleme, die in der Fallstudie zur Situation in Frankfurt am Main ausführlicher dargestellt werden.

Ergebnisse des Vergleichs der drei Fallstudien

Ein wesentlicher Befund der Analyse der städtischen Strategien in Cardiff, Frankfurt am Main und Wien ist, dass es trotz inklusionsorientierter Leitbilder in keiner der Städte ein explizites Programm oder politisches Bekenntnis zur Unterstützung von Migrant*innen mit prekärem Status gibt. Vielmehr zeigen sich jeweils unterschiedliche Arrangements an politikfeldspezifischen Maßnahmen und Praktiken, die sich in manchen Punkten ergänzen und in anderen widersprechen. Dabei werden unterschiedliche Profile deutlich. In Frankfurt am Main wird der Ansatz, „eine vielfältige und weltoffene Metropole“ zu sein, vor allem durch das Gesundheitsamt umgesetzt, welches mit seiner humanitären Sprechstunde versucht, Zugang zu einer Basisgesundheitsversorgung für alle in der Stadt Anwesenden ohne Krankenversicherung zu gewährleisten. Die „Menschenrechtsstadt“ Wien erweist sich in der Wohnungslosenhilfe als pragmatisch und progressiv, indem sie auch Angebote finanziert, die unabhängig von Anspruchsberechtigung und Aufenthaltsstatus zugänglich sind. Cardiff bemüht sich, als „City of Sanctuary“ in zahlreichen Deklarationen und Richtlinien, im Verwaltungshandeln und über Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen eine Willkommenskultur gegenüber Menschen zu verankern, die aus ihrer Heimat vor Gewalt und Verfolgung geflohen sind. Darüber hinaus ist die Reichweite der fachspezifischen Ansätze angesichts der restriktiven Einwanderungspolitik auf nationaler Ebene z.T. stark eingeschränkt.

Insgesamt zeigte sich in allen drei Städten, dass weniger ein einheitlicher stringenter inklusiver Ansatz existiert, als vielmehr eine Mischung aus inklusiven und exklusiven Praktiken gegenüber Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Diese sind eng mit spezifischen Feldlogiken verbunden. So sind etwa der Bereich Gesundheit, Gewaltschutz und Bildung durch wesentlich inklusivere Diskurse geprägt und das Recht auf Gesundheit und Bildung ist weithin anerkannt. Im Gegensatz hierzu zeichnet sich insbesondere der Unterbringungsbereich durch restriktive Praxen aus. Die gesellschaftlichen Diskurse um Armutsmigration und illegale

Migration führt zu tendenziell restriktiven Antworten, da Teile der Stadtverwaltung Anreize durch eine extensive Auslegung bestehender Ansprüche und rechtlicher Regelungen minimieren wollen. Zugleich wurde in der Forschung jedoch auch deutlich, dass unabhängig von gesellschaftlichen Diskursen lokale Antworten inklusiver oder exklusiver gestaltet sein können. So existiert in Frankfurt beispielsweise ein inklusiverer Zugang zu Gesundheitsversorgung als in Wien, während dort Unterbringungspolitiken wesentlich inklusiver gestaltet sind als in Frankfurt. Eine Erklärung dieser Unterschiede liegt in der zentralen Rolle von NGOs und engagierten Einzelpersonen bestimmte Projekte anzustoßen sowie in generellen Unterschieden in einzelnen Politikbereichen.

Neben expliziten Ausschlüssen konnten wir auch eine Reihe informeller Barrieren im Zugang zu sozialen Dienstleistungen identifizieren. Diese führen selbst im Fall formell inklusiver (lokaler) Maßnahmen und Regelungen dazu, dass bestehende Ansprüche nicht oder nur zögerlich wahrgenommen werden. Eine wesentliche Barriere liegt in der Angst vor Aufdeckung und einer damit verbundenen Abschiebung bzw. dem Verlust der Freizügigkeit. Insbesondere die in Deutschland geltende Übermittlungspflicht (§87 AufenthG) trägt etwa dazu bei, dass das Recht auf Gesundheit für die in unserer Forschung im Zentrum stehende Personengruppe stark eingeschränkt ist. Wenngleich in den meisten europäischen Ländern (darunter auch in Österreich und Wales) keine vergleichbaren Regelungen existieren, ließen sich auch in Cardiff und Wien ähnliche abschreckende Effekte beobachten. Aus Angst vor Abschiebung oder weiterer erwarteter negativer Konsequenzen zögern Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus häufig sehr lang, bis sie Dienste in Anspruch nehmen. Dabei ist zweitrangig wie wahrscheinlich es ist, dass diese Konsequenzen tatsächlich eintreten. Um den Zugang zu verbessern, bedarf es klarer Regelungen, die ihre praktische Anwendung sicherstellen. Der direkte Vergleich mit dem Bereich Bildung zeigt, dass das Recht auf Bildung auf nationaler bzw. Bundeslandebene in allen drei Ländern verankert ist. In allen drei Städten bestand ein risikofreier und guter Zugang zu Bildung für Kinder und Jugendliche.

Die COVID-19-Pandemie hatte verheerende Auswirkungen auf Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus. In Anerkennung der erhöhten Gefährdung von Migrant*innen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität und der Notwendigkeit, einen umfassenden Ansatz im Bereich der öffentlichen Gesundheit zur Bekämpfung von COVID-19 zu verfolgen, ergriffen die Stadtverwaltungen zahlreiche Maßnahmen, um die Not zu lindern und das Ansteckungsrisiko zu reduzieren. Alle drei Kommunen ermöglichten den Zugang zu kostenlosen COVID 19-Tests und Impfungen unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Außerdem öffneten alle drei Kommunalverwaltungen Notunterkünfte oder Unterbringungsmöglichkeiten für alle Bedürftigen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder sozialrechtlichen Ansprüchen, und erweiterten die Öffnungszeiten von Nachtunterkünften auf einen 24-Stunden Betrieb und von Winter-Notunterkünften auf das gesamte Jahr. Diese Maßnahmen zeugten von einem neuen Bewusstsein für die Bedeutung prekärer Migrant*innen in der Gesellschaft und von der zentralen Rolle, die die Kommunen bei der Versorgung dieser Personengruppen spielen. Obwohl einige der während der COVID 19-Pandemie eingeführten Maßnahmen zeitlich begrenzt und teils wieder eingestellt wurden, belegen sie doch die Vorteile einer verstärkten Berücksichtigung von Personen mit prekärem Aufenthaltsstatus durch die Politik.

Wichtigste Positionen des zahlenmäßigen Nachweis

Die wichtigste Ausgabenposition war die Finanzierung der wissenschaftlichen Mitarbeiterin. Kosten sind im Rahmen von Werkverträgen für die Transkription von Interviews und die Übersetzung der Berichte sowie Handlungsempfehlungen aus dem Englischen ins Deutsche entstanden. Einen weiteren bedeutenden Ausgabenposten stellten die Reisekosten, Übernachtungskosten und Kosten für die Durchführung der internationalen Abschlusskonferenz Anfang September 2022 in Frankfurt am Main dar. An dieser nahmen etwa 40 europäische Wissenschaftler*innen, Lokalpolitiker*innen, Mitarbeiter*innen aus verschiedenen Verwaltungen und NGOs sowie ein Mitglied der Europäischen Kommission teil. Des Weiteren entstanden Kosten im Zusammenhang mit der Teilnahme an weiteren Veranstaltungen und Konferenzen. Auch für eine Open-Access-Publikation sind entsprechende Ausgaben entstanden.

Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Projektarbeiten

Die qualitative Datenerhebung (u.a. das Führen von 28 Interviews) war notwendig, da keine vergleichbaren Daten für Frankfurt vorlagen und die Forschungsfragen nur auf diese Weise beantwortet werden konnten. Neben der Datenerhebung lag ein Schwerpunkt der geleisteten Projektarbeiten in der ausführlichen Diskussion der vorläufigen Forschungsergebnisse mit zentralen Stakeholdern. Dieses Vorgehen hat sich als sehr produktiv herausgestellt, um die Projektziele, die auch in der Förderung von Wissensaustausch zum Thema lagen, zu erreichen.

Die beantragten 18 Personenmonate für eine wissenschaftliche Mitarbeiterin waren notwendig, um die geleisteten Projektarbeiten zu bewerkstelligen. Prof. Ataçs Freistellung von Lehrverpflichtung im Umfang von 4 SWS pro Semester für 3 Semester war zentral, um ihm zu ermöglichen, zu den oben genannten Arbeitspaketen beizutragen.

Bekannt gewordener Fortschritt auf dem Gebiet bei anderen Stellen

Dem Zuwendungsempfänger ist kein Fortschritt auf dem Gebiet bei anderen Stellen während der Durchführung des Vorhabens bekannt geworden. Allerdings erschien im Herbst 2022 eine von Marie Therese Haj Ahmad durchgeführte Untersuchung zu EU-Migration und Wohnungslosigkeit in Deutschland. Durch den ethnographischen Zugang dieser Studie stellt Haj Ahmads Arbeit eine gewinnbringende Ergänzung der im Rahmen des LoReMi-Projekts durchgeführten Studie dar. Für den Frankfurter Fallstudienbericht und den vergleichenden Bericht konnte die Erkenntnisse leider nicht berücksichtigt werden. Sie werden jedoch Eingang in zukünftige Publikationen finden.

Voraussichtlicher Nutzen

Das Forschungsprojekt hat neue Erkenntnisse über Barrieren im Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen geliefert und Handlungsempfehlungen identifiziert, die Kommunen eine stärkere Evidenzbasis für die Erreichung ihrer politischen Ziele bieten. Es hat zudem eine Reihe inklusiver Maßnahmen aufgezeigt. Der Spielraum für soziale Innovation wurde mit Stakeholdern bei lokalen Veranstaltungen zum Wissensaustausch (für Frankfurt am Main: 22. Juni 2022) und auf transnationaler Ebene bei der Abschlussveranstaltung am 1. und 2. September in Frankfurt ausgelotet. Im Anschluss an die Veranstaltung haben wir in einer zweiten Konsultationsrunde um Kommentare zu einem Entwurf des Strategiepapiers gebeten. Die endgültige Fassung wurde im November veröffentlicht. Es enthält zehn Empfehlungen. Erste Reaktionen auf die Veröffentlichung der Projektergebnisse waren positiv und deuten darauf hin, dass folgende erwartete Auswirkungen, sich mittel- und langfristig durch die Forschung realisieren lassen:

- Die Stärkung der Kapazität der städtischen Partner*innen, sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch nach außen, bei der Argumentation für inklusive Maßnahmen, die sich aus den evidenzbasierten Projektergebnissen ableiten.
- Die Stärkung der Kapazitäten von NGOs in Frankfurt am Main und anderen Städten in

Deutschland, die für Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus Unterstützung bieten. Deren Stärke steht in Zusammenhang mit der Kapazität der Stadtverwaltungen und hängt an der gesicherten Finanzierung für die evidenzbasierten Maßnahmen.

Neben den im Rahmen des Projektes organisierten Treffen zum Wissenstransfer trugen Ilker Ataç und Maren Kirchhoff die Ergebnisse auch bei einem vom Frankfurter Amt für Multikulturelle Angelegenheiten veranstalteten Fachtag zur Unterbringungssituation wohnungsloser EU-Bürger*innen (09.06.2022) vor.

Die Ergebnisse der Forschung wurden zudem auf verschiedenen nationalen und internationalen Tagungen und Kongressen zur Diskussion gestellt, darunter auf

- der 18. Jahreskonferenz der IMISCOE (Juli 2021)
- der XVII. Jahrestagung Illegalität unter dem Titel „Möglichkeiten und Grenzen des Handelns von Kommunen“ (März 2022)
- der 19. Jahreskonferenz der IMISCOE (Juni 2022)
- der International Metropolis Conference (September 2022)
- der 7. Jahrestagung zur Migrationsforschung in Österreich unter dem Titel „Globalisierung der Grenzen – Grenzen der Globalisierung: Migration zwischen globalen Krisen und lokalen Dynamiken“ (September 2022)
- der 5. Midterm Conference des Research Network 37 (Urban Sociology) der European Sociological Association unter dem Titel "Seeing Like a City / Seeing the City Through"
- der Fulda International Autumn School 2022 (November 2022).
- dem interdisziplinären Workshop „Migration als Perspektive. Das „Postmigrantische“ in Wissensordnungen und gesellschaftlicher Praxis“, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Universität Konstanz (April 2023).
- dem 10. Vernetzungstreffens der WIR-Vielfaltszentren im Bereich Vielfaltsorientierte Öffnung von Kommunen | Vereinen | Verbänden, Fulda (Mai 2023).
- Dem Fachgespräch 2023 „Leben in der Illegalität: Kommunale Handlungsspielräume für Menschen in der Illegalität“ (Mai 2023)

Des Weiteren werden bzw. wurden die Ergebnisse in verschiedener Form publiziert.

Erfolgte Publikationen

Sammelbände und Monographien

Ataç, Ilker, Simon Güntner, Adrienne Homberger und Maren Kirchhoff: Lokale Antworten auf aufenthaltsrechtliche Prekarität: Zugänge zu Gesundheitsversorgung, Unterbringung und Bildung (2023) Verlag Barbara Budrich, Reihe Gesellschaft und Nachhaltigkeit, Band 13.

Dieser Sammelband besteht aus einer überarbeiteten Fassung der Projektergebnisse in deutscher Sprache, zusätzlichen Beiträgen aus anderen Forschungsprojekten und Artikeln von Partnern aus dem Sozialbereich über ihre Arbeit. Ziel der Publikation ist es, das Thema einem breiteren deutschsprachigen Publikum, insbesondere Studierenden und Forscher*innen der Sozialen Arbeit, der Stadtforschung und der Sozialpolitik näher zu bringen. Der Sammelband ist als Open-Access-Buch erschienen und frei zugänglich.

Spencer, Sarah, Ilker Ataç, Zach Bastick, Simon Güntner, Adrienne Homberger, Maren Kirchhoff, and Marie Mallet-Garcia (2024): *Migrants with a precarious status: The evolving approaches of European cities*, für die IMISCOE Research Series (Springer).

In dieser Veröffentlichung werden die wichtigsten Ergebnisse des Projekts in einer überarbeiteten Fassung in Form einer Monografie präsentiert. Zielpublikum ist die internationale Migrationsforschungsgemeinschaft. Es ist uns gelungen, die Publikation in einer Reihe einzureichen, die vom IMISCOE-Forschungsnetzwerk herausgegeben wird, was eine hohe Sichtbarkeit gewährleistet. Das Buch ist als Open-Access-Buch erschienen.

Artikel und Working Paper

Homberger, Adrienne, Maren Kirchhoff, Marie Mallet-Garcia, Ilker Ataç, Simon Güntner, and Sarah Spencer (2022): *Local Responses to Migrants with Precarious Legal Status: Negotiating Inclusive Practices in Cities Across Europe*, *Zeitschrift für Migrationsforschung – Journal of Migration Studies (ZMF)* 2 (2): 93–116. In: <https://journals.ub.uni-osnabrueck.de/index.php/zmf/article/view/179>

In diesem Artikel werden die wichtigsten konzeptionellen Überlegungen im Rahmen des Forschungsprojekts dargelegt. Es folgen Kommentare von führenden Wissenschaftler*innen auf dem Gebiet der Forschung. Auf diese Weise hat er eine akademische Debatte angestoßen, die bereits in weitere Veranstaltungen und Veröffentlichungen eingeflossen ist.

Homberger, Adrienne, Maren Kirchhoff, Marie Mallet-Garcia, Ilker Ataç, Simon Güntner, and Sarah Spencer (2022): *Responding to the Respondents: Taking the Research Agenda Forward*, *Zeitschrift für Migrationsforschung – Journal of Migration Studies (ZMF)* 2 (2): 141–143. <https://journals.ub.uni-osnabrueck.de/index.php/zmf/article/view/178>

In diesem Kurzbeitrag geben wir eine Antwort auf die Kommentare von Wissenschaftler*innen.

Ataç, Ilker, Lang, Sarah, Kirchhoff, Maren (2023): *Gesundheitliche Versorgung bei prekärem Aufenthaltsstatus. Probleme und Lösungsansätze am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main* in: *FORUM sozialarbeit + gesundheit* 2/2023, 34-38.

In diesem Beitrag werden die Probleme von prekären Migrant*innen in Bezug auf den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung dargestellt und Projekte und Lösungsansätze am Beispiel von Frankfurt am Main aufgezeigt.

Homberger, Adrienne, Maren Kirchhoff, Marie Mallet-Garcia, Ilker Ataç, Simon Güntner, and Sarah Spencer 2022: *Local Responses to Migrants with Precarious Status: Frames, Strategies and Evolving Practices in Europe*. Working Paper No. 156, Centre for Migration Policy and Society, University of

Oxford, 2022, available at <https://www.compas.ox.ac.uk/wp-content/uploads/WP-2022-157-LoReMi-Frames-Strategies-and-Evolving-Practices-in-Europe.pdf>

Dieses konzeptionelle Papier bildet das Feld für das Forschungsprojekt über den Zugang von Migrant*innen mit prekärem Status zu lokalen Sozialleistungen in drei europäischen Städten: Cardiff, Frankfurt und Wien. Es gibt einen Überblick über die Literatur und zeigt neu entstehende Felder auf.

Buchbeiträge

Homberger, Adrienne, Ilker Ataç, Simon Güntner, Maren, Kirchhoff (2023): Einleitung, in: Ataç, Ilker/Simon, Güntner/Homberger, Adrienne/Kirchhoff, Maren (Hrsg.): Lokale Antworten auf aufenthaltsrechtliche Prekarität: Zugänge zu Gesundheitsversorgung, Unterbringung und Bildung, Verlag Barbara Budrich, S. 11-15.

Ataç, Ilker, Simon Güntner, Adrienne Homberger, Maren Kirchhoff, Zach Bastick, Marie Mallet-Garcia, Sarah Spencer (2023): Lokale Unterstützung für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität – Einführung in das Forschungsprojekt LoReMi, in: Ataç, Ilker/Simon, Güntner/Homberger, Adrienne/Kirchhoff, Maren (Hrsg.): Lokale Antworten auf aufenthaltsrechtliche Prekarität: Zugänge zu Gesundheitsversorgung, Unterbringung und Bildung, Verlag Barbara Budrich, S. 19-31.

Der einleitende Beitrag führt in die zentralen Konzepte und in den Forschungsansatz ein. Er klärt, wie das Aufenthaltsrecht zu Prekarisierung beitragen kann und führt aus, wie wir diesen Zusammenhang empirisch beleuchtet haben. Die Städte wurden ausgewählt, da sie in gewissen Bereichen Anstrengungen unternehmen, um prekäre Migrant*innen zu unterstützen, und dabei jeweils spezifische Argumentationen und Strategien einsetzen.

Ataç, Ilker, Maren Kirchhoff (2023): Frankfurt am Main: Weltoffene Metropole – auch für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität? in: Ataç, Ilker/ Güntner, Simon/ Homberger, Adrienne/ Kirchhoff, Maren (Hrsg.): Lokale Antworten auf aufenthaltsrechtliche Prekarität: Zugänge zu Gesundheitsversorgung, Unterbringung und Bildung, Verlag Barbara Budrich, S. 32-57.

In diesem Kapitel zeigen Maren Kirchhoff und Ilker Ataç, dass in der hessischen Großstadt vor allem im Bereich der gesundheitlichen Versorgung Spielräume genutzt werden, um auch Menschen ohne Versicherungsschutz zu erreichen. Eine Schlüsselfunktion kommt dabei der *Humanitären Sprechstunde* zu.

Güntner Simon, Ilker, Ataç, Adrienne Homberger, Maren Kirchhoff, Zach Bastick, Marie Mallet-Garcia, Sarah Spencer (2023): Selektiv inklusiv: Lokale Antworten auf aufenthaltsrechtliche Prekarität in Cardiff, Frankfurt am Main und Wien, in: Ataç, Ilker/ Güntner, Simon/ Homberger, Adrienne/ Kirchhoff, Maren (Hrsg.): Lokale Antworten auf aufenthaltsrechtliche Prekarität: Zugänge zu Gesundheitsversorgung, Unterbringung und Bildung, Verlag Barbara Budrich, S. 109-125.

Die vergleichende Analyse zeigt eine durchgängige Ambivalenz angesichts rechtlicher Unklarheiten und Widersprüche, in deren Rahmen die lokalen Akteur*innen navigieren und handeln. Weitgehend verwirklicht erscheint in allen drei Städten das Recht auf Bildung zumindest im schulpflichtigen Alter, während das Recht auf Gesundheit und das Recht auf angemessenen Wohnraum nur partiell durchgesetzt werden können.

Kirchhoff Maren, Adrienne Homberger (2023): Zwischen Prekarisierung, verinnerlichter Unsicherheit und inklusiven Praktiken: Die Produktion und Infragestellung aufenthalts- und sozialrechtlicher Prekarität in Frankfurt am Main und Wien, in: Ataç, Ilker/ Güntner, Simon/ Homberger, Adrienne/ Kirchhoff, Maren (Hrsg.): Lokale Antworten auf aufenthaltsrechtliche Prekarität: Zugänge zu Gesundheitsversorgung, Unterbringung und Bildung, Verlag Barbara Budrich, S. 126-144.

In diesem Beitrag nehmen die Autorinnen die Situation der betroffenen Menschen und die komplexe Produktion ihrer Prekarität in den Blick. Neben exkludierenden Praktiken seitens der Verwaltungsbehörden ist es mitunter auch die Angst vor einer Abschiebung und das fehlende Vertrauen, die in den betrachteten Fällen den Zugang zu Unterstützung verstellt. Hier sehen die Autorinnen einen wichtigen Ansatzpunkt für die Unterstützungsangebote.

Geplante Publikationen

Ataç, Ilker/Kirchhoff, Maren/Lang, Sarah (eingereicht): „Gesundheit für alle?!“ Zu den Möglichkeiten und Grenzen aktueller inklusiver Ansätze im Bereich Gesundheitsversorgung für nicht-krankenversicherte Migrant*innen in Deutschland, in: Ratzmann, Nora/ Borrelli, Lisa M./ Kurt, Stefanie (Hrsg.): Die Verknüpfung von Migrationskontrolle und Sozialpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Transcript Verlag.

In diesem Beitrag analysieren wir die sich aus der Verschränkung von Sozialpolitik und Migrationskontrolle ergebenden Hindernisse im Zugang zu Gesundheitsversorgung für nicht-krankenversicherte Migrant:innen in Deutschland ebenso wie inklusive Ansätze, um diese zu überwinden. Wir gehen folgenden Fragen nach: Wie wirken sich sozial- und aufenthaltsrechtliche Regelungen auf den Zugang zu Gesundheitsversorgung für Drittstaatsangehörige ohne gesicherten Aufenthaltsstatus und EU-Bürger:innen aus? Welche Versuche gibt es, sozial- und aufenthaltsrechtlichen Ausschlüssen im Bereich der Gesundheitsversorgung zu begegnen? Inwiefern tragen diese Antworten zur Realisierung des Rechts auf Gesundheit für alle bei und wo liegen ihre Grenzen?

Veröffentlichte Berichte

Vergleichender Bericht

Kirchhoff, Maren, Ilker Ataç, Zach Bastick, Adrienne Homberger, Marie Mallet-Garcia, Sarah Spencer, and Simon Güntner 2022: Local Responses to Migrants with Precarious Status: A Comparative Report on Frames, Strategies and Evolving Practices in Europe, available at https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Comparative_report_ENG.pdf.

Kirchhoff, Maren, Adrienne Homberger, Zach Bastick, Ilker Ataç, Simon Güntner, Sarah Spencer, and Marie Mallet-Garcia 2022: Executive Summary: Local Responses to Migrants with Precarious Status: A Comparative Report on Frames, Strategies and Evolving Practices in Europe, available at https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Executive_Summary_of_the_Comparative_Report_ENG.pdf.

Kirchhoff, Maren, Adrienne Homberger, Zach Bastick, Ilker Ataç, Simon Güntner, Sarah Spencer und Marie Mallet-Garcia 2022: Zusammenfassung: Lokale Antworten auf Migrant:innen mit prekärem Aufenthaltsstatus: Ein vergleichender Bericht über Rahmen, Strategien und innovative Praktiken in Europa, abrufbar unter https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Executive_Summary_of_the_Comparative_Report_DEU.pdf.

Policy Brief

Spencer, Sarah, Adrienne Homberger, Maren Kirchhoff, Zach Bastick, Marie Mallet-Garcia, Ilker Ataç, and Simon Güntner 2022: Inclusion of Precarious Migrants in Essential Services: Ten policy recommendations, available at: https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Policy_Brief_ENG.pdf.

Spencer, Sarah, Adrienne Homberger, Maren Kirchhoff, Zach Bastick, Marie Mallet-Garcia, Ilker Ataç, and Simon Güntner 2022: Inklusion von Migrant:innen mit prekärem Aufenthaltsstatus in grundlegende Dienstleistungen: Zehn Politikempfehlungen, abrufbar unter: https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Policy_Brief_DEU.pdf.

Fallstudienberichte

Frankfurt am Main

Kirchhoff, Maren und Ilker Ataç 2022: Antworten auf Migrant:innen mit prekärem Aufenthaltsstatus in Frankfurt am Main: Rahmen, Strategien und innovative Praktiken, abrufbar unter https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Frankfurt_report_DEU.pdf.

Kirchhoff, Maren, and Ilker Ataç 2022: Responses to Migrants with Precarious Status in Frankfurt: Frames, Strategies and Evolving Practices in Europe, available at https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Frankfurt_report_ENG.pdf.

Kirchhoff, Maren und Ilker Ataç 2022: Zusammenfassung: Antworten auf Migrant:innen mit prekärem Aufenthaltsstatus in Frankfurt am Main: Rahmen, Strategien und innovative Praktiken, abrufbar unter https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Frankfurt_summary_DEU.pdf.

Kirchhoff, Maren, and Ilker Ataç 2022: Summary: Responses to Migrants with Precarious Status in Frankfurt: Frames, Strategies and Evolving Practices, available at https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Frankfurt_summary_ENG.pdf.

Cardiff

Mallet-Garcia, Marie, Zach Bastick, and Sarah Spencer 2022: Responses to Migrants with Precarious Status in Cardiff: Frames, Strategies and Evolving Practices, available at: https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Cardiff_report_ENG.pdf.

Mallet-Garcia, Marie, Zach Bastick, and Sarah Spencer 2022: Summary: Responses to Migrants with Precarious Status in Cardiff: Frames, Strategies and Evolving Practices, available at: https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozial_strukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Cardif_report_summary_ENG.pdf.

Mallet-Garcia, Marie, Zach Bastick, and Sarah Spencer 2022: Zusammenfassung: Antworten auf Migrant:innen mit prekärem Aufenthaltsstatus in Cardiff: Rahmen, Strategien und innovative Praktiken, abrufbar unter: https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozial_strukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Cardif_report_summary_ENG.pdf.

Wien

Homberger, Adrienne und Simon Güntner 2022: Antworten auf Migrant:innen mit prekärem Aufenthaltsstatus in Wien: Rahmen, Strategien und innovative Praktiken, abrufbar unter: https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozial_strukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Vienna_report_DEU.pdf.

Homberger, Adrienne, and Simon Güntner 2022: Responses to Migrants with Precarious Status in Vienna: Frames, Strategies and Evolving Practices, available at: https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozial_strukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Vienna_report_ENG.pdf.

Homberger, Adrienne und Simon Güntner 2022: Zusammenfassung: Antworten auf Migrant:innen mit prekärem Aufenthaltsstatus in Wien: Rahmen, Strategien und innovative Praktiken, abrufbar unter: https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozial_strukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Vienna_report_summary_DEU.pdf.

Homberger, Adrienne, and Simon Güntner 2022: Summary: Responses to Migrants with Precarious Status in Vienna: Frames, Strategies and Evolving Practices, available at: https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozial_strukturanalyse/LoReMi/LoReMi_Vienna_Summary_ENG.pdf.

Weitere im Sachbericht zitierte Literatur

Caponio, Tiziana & Michael Jones-Correa. 2018. Theorising Migration Policy in Multilevel States: The Multilevel Governance Perspective. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 44 (12): 1995–2010.

Campomori, Francesca & Maurizio Ambrosini. 2020. Multilevel Governance in Trouble: The Implementation of Asylum Seekers' Reception in Italy as a Battle-ground. *Comparative Migration Studies* 8 (22). <https://doi.org/10.1186/s40878-020-00178-1>.

de Graauw, Els. 2020. City Government Activists and the Rights of Undocumented Immigrants: Fostering Urban Citizenship within the Confines of US Federalism. *Antipode* 53 (2): 379–398.

Spencer, Sarah 2018. 'Multi-level governance of an intractable policy problem: migrants with irregular status in Europe', *Ethnic and Minority Studies* 44(12): 3034-2052.